

Den KMU den Puls gefühlt

Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell

untersucht Bedürfnisse der Klein- und Mittelunternehmen

Der globale Markt fordert Schweizer Firmen stark heraus. Die IHK St. Gallen-Appenzell sieht deshalb Handlungsbedarf, den sie von den Anliegen der Firmen herleitet.

THORSTEN FISCHER

Die Ostschweizer Unternehmen hätten auf den internationalen Märkten nur dann langfristig gute Chancen, wenn auch der Schweizer Binnenmarkt entkrustet werde, sagte Konrad Hummler, Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) St. Gallen-Appenzell. An der Jahresmedienkonferenz präsentierte die IHK eine Umfrage, die gemeinsam mit dem Institut für Qualitätsmanagement und angewandte Betriebswirtschaft an der FH St. Gallen sowie dem Schweizerischen Institut für Klein- und Mittelunternehmen (KMU-HSG) erstellt wurde. Darin werden die dringendsten Anliegen der Firmen in der Region herausgeschält.

Mehr Freiheit gewünscht

Die Studie zeigt gleich mehrere Stossrichtungen auf, die sämtlichen Unternehmen wich-

tig erscheinen. Vereinzelt gibt es je nach Unternehmensgrösse auch leicht unterschiedliche Gewichtungen. Laut IHK-Chefökonom Peter Eisenhut fühlt sich mehr als die Hälfte der Firmen in ihrer unternehmerischen Freiheit vom Staat behindert. Generell wird deshalb ein Abbau der Regulationen gewünscht.

Rascher bauen

In der Umfrage äussert sich dies konkret etwa dadurch, dass 96% der Firmen ein beschleunigtes Baubewilligungsverfahren befürworten. In diesem Zusammenhang ist auch die Zustimmung von 89% zu einer Reform des Verbandsbeschwerderechts zu sehen. Damit können nach Ansicht der IHK die «offenkundigen Missbräuche» eingedämmt werden. Der IHK-Delegierte Hubertus Schmid gab aber gleichzeitig zu bedenken: Das von privaten Einsprechern und Rekurrenten ausgehende «Bauverhinderungspotenzial» bliebe trotz Revision unangetastet.

Gegen Doppelbesteuerung

Auch fiskalpolitisch haben die Ostschweizer Firmen klare Vorstellungen: 90% befürworten eine Abschaffung der Doppelbesteuerung von Gewinnen und

Dividenden. Laut Eisenhut wird dieses Postulat als das wichtigste überhaupt betrachtet – und zwar durch alle Regionen, Branchen und Firmengrössen.

Auf der anderen Seite ist es nach Einschätzung der Unternehmen nicht die Aufgabe des Staates, den KMU mit finanziellen Beiträgen unter die Arme zu greifen. Allerdings: Im Fall der Anschubfinanzierung oder der Unterstützung von Spin-offs ist bei kleinen und jungen Firmen noch eine grössere Akzeptanz für Hilfeleistungen festzustellen.

Hubertus Schmid zog aus der Studie eindeutige Schlussfolgerungen: Statt Zuschüsse vom Staat bevorzugten die Unternehmen den Abbau von Verwaltung, Verboten und Steuerlast. Dazu gehörten auch flexiblere Arbeitszeiten, «weil die Aufträge eben nicht mehr so kontinuierlich wie gewünscht hereinkommen». Schmid forderte echte Verbesserungen und nicht bloss eine Beschleunigung: «Künftig muss dort angesetzt werden, wo es wehtut.» **kanton st. gallen/13**

